



Jugend- Manifest



Verpflichtung zu einem
Europa, das sich für
seine junge Generation
einsetzt und ihr Priorität
einräumt!

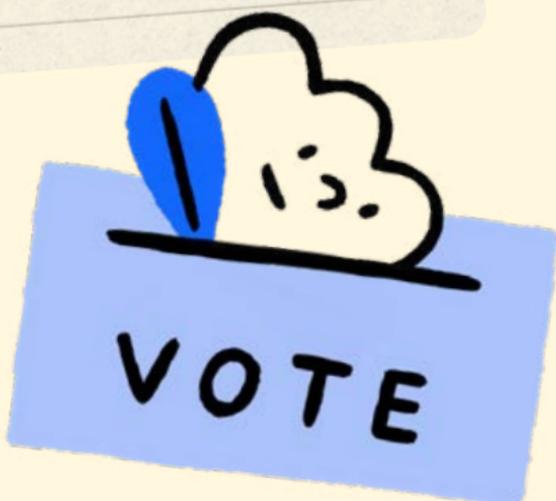


Im Juni 2024 werden junge Menschen aus ganz Europa ihr bedeutendes demokratisches Recht ausüben und die Mitglieder des Europäischen Parlaments wählen. Junge Menschen kümmern sich, handeln und melden sich zu Wort! Wir sind die Zukunft unserer Gesellschaften und wir sollten im Mittelpunkt aller EU-Entscheidungen stehen.

Wir werden daher Politiker unterstützen, die die Interessen junger Menschen vertreten und sich dafür entscheiden, ihnen Priorität einzuräumen. Entscheidungsträger, die konkrete und glaubwürdige Lösungen für unsere Probleme in allen Politikbereichen anbieten. Führungspersönlichkeiten, die uns inspirieren, die unsere Rechte verteidigen und die uns nicht nur Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben, sondern auch Maßnahmen ergreifen, um diese Wirklichkeit werden zu lassen.

Auf welche vorrangigen Themen sollte sich das nächste Europäische Parlament konzentrieren?

Außerdem möchten wir Sie als Vertreter der Jugend einladen, **sich der nächsten Generation der „Youth Interest Group“ des Europäischen Jugendforums anzuschließen**, die wir für das nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments einrichten werden.



Demokratie: Schutz und Stärkung der demokratischen Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft, um sicherzustellen, dass ihre Stimmen immer gehört werden und auf sie eingegangen wird.

1. Nutzung des Schwungs der Wahl des Jahres 2024, um eine Gesetzgebung zu fordern, die das Wahlrecht ab 16 Jahren für alle Wahlen in Europa gewährleistet, beginnend mit den Europawahlen.
2. Entwicklung eines verbindlichen „EU Youth Test“, der sicherstellt, dass alle EU-Rechtsvorschriften und -richtlinien einer jugendorientierten Folgenabschätzung, einer Konsultation mit Jugendlichen, Jugendorganisationen und Jugendexperten unterzogen werden sowie Entwicklung von Abhilfemaßnahmen für den Fall, dass negative Auswirkungen festgestellt werden.
3. Die Europäische Kommission und den Rat für schnelle und wirksame Maßnahmen und ein klar definiertes Verfahren zur Beendigung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit, die Grundrechte und -werte und den zivilen Raum durch die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten zur Verantwortung ziehen.
4. Umsetzung von Artikel 11.2 des Vertrags von Lissabon über den zivilen Dialog zwischen den Institutionen, der Zivilgesellschaft und den repräsentativen Verbänden durch die Entwicklung und Umsetzung einer EU-Strategie für die Zivilgesellschaft, die Einrichtung von Anlaufstellen für den zivilen Dialog im Sekretariat jedes Parlamentsausschusses, einschließlich jährlicher Dialoge mit Jugendorganisationen in jedem Parlamentsausschuss.

5. Gewährleistung einer ausreichenden und nachhaltigen Finanzierung von Jugendorganisationen auf allen Ebenen – von der lokalen bis zur regionalen, nationalen und europäischen Ebene im Rahmen des Programms Erasmus+ und darüber hinaus. Jugendorganisationen benötigen finanzielle Mittel für ihre tägliche Arbeit, z. B. für die Anmietung von Büros und den Kauf von Ausrüstung oder für die Organisation von Schulungen und die Durchführung von Projekten. Die EU und die Regierungen sollten die Zugänglichkeit solcher Mittel auf allen Ebenen sicherstellen und dafür sorgen, dass sie nicht nur auf die Ziele der öffentlichen Politik, sondern auch auf die Struktur, die Bedürfnisse und die Unabhängigkeit von Jugendorganisationen zugeschnitten sind.
6. Unterstützung der Umsetzung der staatsbürgerlichen Bildung und der Bildung über die EU in der gesamten EU. Dies sollte mit einer stärkeren Beteiligung junger Menschen kombiniert werden, u. a. durch die Verbesserung und Ökologisierung der EU-Programme, die jungen Menschen helfen, durch formale und nicht-formale Bildung und informelles Lernen aktive Bürger zu werden, und durch die Erleichterung von Bildungs- und Mobilitätsmöglichkeiten im Ausland. Diese partizipatorischen Möglichkeiten sollten alle den Grundsätzen des Grundsatzdokuments über die Teilhabe junger Menschen in hoher Qualität entsprechen.
7. Unterstützung der Anerkennung und Validierung von Kompetenzen auf EU-Ebene, die durch nicht-formale Bildung und informelles Lernen erworben wurden.
8. Unterstützung des EU Flaggschiff Programms „EU-Jugenddialog“, u. a. durch Beteiligung am Prozess und Berücksichtigung der Ergebnisse der Zyklen in der Arbeit aller parlamentarischen Ausschüsse.

Rechte der Jugend: Beseitigung von Praktiken, die junge Menschen diskriminieren, durch die Einbeziehung eines jugendrechtsbasierten Ansatzes in die Politikgestaltung auf allen Ebenen.

9. Die EU sollte die Rechte von Jugendlichen in den bestehenden und zukünftigen EU-Rechtsrahmen vollständig anerkennen, respektieren, schützen und einbeziehen. Die EU sollte die Verabschiedung eines rechtsverbindlichen internationalen Übereinkommens über die Rechte junger Menschen mit einem begleitenden Überwachungsmechanismus unterstützen, der die Rechte junger Menschen auf der ganzen Welt universell anerkennen würde.
10. Förderung der Solidarität zwischen den Generationen durch Bekämpfung der altersbedingten Diskriminierung, Aufhebung der Blockade der horizontalen EU-Nichtdiskriminierungsrichtlinie und Einholung von altersdifferenzierten Daten auf EU-Ebene.
11. Wahrung der Gleichberechtigung aller Geschlechter, einschließlich des Zugangs zu Dienstleistungen und sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten, einschließlich Bildung, Verhütung und Abtreibung.
12. Gewährleistung von Qualitätsstandards für Praktika und Arbeitsplätze für junge Menschen, auch in Bezug auf die Vergütung, durch ein Verbot unbezahlter Praktika im Rahmen eines Rechtsinstruments, Abschaffung von Jugendmindestlöhnen und anderer diskriminierender arbeitsrechtlicher Bestimmungen, die ausschliesslich für junge Menschen gelten;
13. Gewährleistung des gleichen Zugangs für junge Menschen zum Sozialschutz wie ihn andere Altersgruppen haben.

Nachhaltigkeit: Schaffung einer nachhaltigen Welt für junge und künftige Generationen durch den Erlass von Gesetzen, die sicherstellen, dass die Klimakrise jetzt in großem Umfang angegangen wird, und die Priorisierung von Nachhaltigkeit und dem Wohlergehen der Menschen und des Planeten im Mittelpunkt der Politikgestaltung.

14. Mehr Ehrgeiz bei der Bewältigung der Klimakrise durch ein 65%-iges Emissionsreduktionsziel bis 2030 in einem überarbeiteten EU-Klimagesetz sowie durch die Beschleunigung eines gerechten und nachhaltigen Übergangs zu einer 100%-igen erneuerbaren Energieversorgung.
15. Sicherstellung, dass die Europäische Kommission eine spezielle Verordnung zur Bekämpfung des übermäßigen Ressourcenverbrauchs in der EU vorlegt, mit der wissenschaftlich fundierte, verbindliche Ziele zur Reduzierung des materiellen Fußabdrucks eingeführt werden.
16. Verabschiedung von Richtlinien, die unsere strukturelle Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum verringern und alternative Maßstäbe für den Fortschritt setzen, die auf nachhaltiger Entwicklung und dem tatsächlichen Wohlergehen der Menschen und des Planeten basieren.
17. Gewährleistung einer flexibleren und demokratisch rechenschaftspflichtigeren Haushaltsordnung, um genügend Spielraum für soziale und ökologische Investitionen und Ausgaben zu gewährleisten.

Digitalisierung: Legislative Maßnahmen, um die digitale Sphäre zu einem weniger aufdringlichen Umfeld für junge Menschen zu machen, sodass junge Menschen selbst entscheiden können, was sie online sehen.

18. Die EU sollte Gesetze gegen die irreführende Art der Gestaltung von Technologieunternehmen erlassen, damit Datenschutzeinstellungen und Opt-outs klar und transparent dargestellt werden, und strengere Datenschutzregeln für Online-Plattformen einführen, um ein Höchstmaß an Datenschutzeinstellungen zu gewährleisten. Die EU sollte Sensibilisierungskampagnen zur Cybersicherheit durchführen und die Medienkompetenz junger Menschen fördern, damit sie besser verstehen, wie sie sich und ihre Daten in der Online-Welt schützen können.
19. Die EU sollte gezielte Werbung verbieten, die auf durchdringendem Tracking, der Erstellung persönlicher Profile und abgeleiteten Daten basiert. Kontextbezogene Werbung, die sich auf Daten stützt, die von Personen freiwillig und speziell für diesen Zweck bereitgestellt werden, sollte bevorzugt werden.
20. Jede EU-Politik, die digitale Lösungen fördert, muss den CO₂-Fußabdruck der Digitalisierung berücksichtigen, u. a. indem sie ein langlebiges Design der Hardware vorschreibt und die Reparierbarkeit garantiert.



The European Youth Forum is the largest platform of youth organisations in Europe, bringing together tens of millions of young people from all over the continent. We represent over **100 diverse youth organisations** and platforms, and we are led by young people, who are **democratically elected** for the roles of President and the Board.

We bring the voices of young Europeans to international fora, and facilitate their participation in policy making. We help young people claim their rights, and we promote the exchange of ideas and experiences.

We believe that **every young person should have a say about matters that concern them**, and we make this a reality.

youthforum.org

